

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 01.12.2024

Neue Verfassungsbeschwerde

Einleitung nach

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24)

vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024 / 17.09.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung

mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr .

> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-

Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und

zu sozialer Zerschlagung

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal

zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter von 80

Jahren) auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen

Übergriffen unter Verantwortung der Ampel-Regierung mit einem

erbärmlichen Ende

Hier: Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens

zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland

mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus

(verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März

2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, einer

1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für

Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten mit

Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen
(Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415)
und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR
5755/24)
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
vom 19.07.2024

**Hier gegen Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 mit neuer Klage als
2.Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.Nov.2024
am Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde und statt dessen
mit verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der
Kosteneinzugsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau vom
29.10.2024 (eingegangen am 18./16.11.2024) mit Kassenzeichen
2221814678003 (b. 2221814678003P19) mit Zurückweisung des
Schimpfwortes „Schuldner“, weil
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren im
84.Lebensjahr, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung
seit Hitler (1941), heute genauso mit Hass und Ausgrenzung wie unter
Hitler, zum „Schuldner“ deformiert werden im
verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ohne
Angabe des Gerichtes mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und
Schadenersatz (offensichtlich Verwaltungsgericht Berlin)
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 02.08.2024
gegen Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten
Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim
Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch
Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit
weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit
ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998
(Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und
nachhaltiges Wissensmanagement für
digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

Im Beschwerdeverfahren hier:

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den
Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere
Aufgaben, 11044 Berlin**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung und gegen

DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger/Beklagter zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren seit 2011, vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal, mit technischem Service zu einem verfassungswidrigem Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, in Gerichte übergreifenden Verfahren, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

mit juristischem Service gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Fachkräfte für Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto und Datenschutz-Skandal, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für willfährige Richter, die nicht weisungsgebunden sind,

unterstützt durch judikative Mängel, bei Rechtsanwendungen Grundrechte zu respektieren

unterstützt durch eine mangelhafte Datenschutzorganisation im gesamten Gerichtsbezirk (Datenschutz-Notstand von betroffenen Personen nicht überprüfbar, jedoch große Besorgnis zu Fragen: Wer hat Zugang zu welchen Daten? Wie wird unterschiedlicher Schutzbedarf von Daten mit Datensicherungsmaßnahmen umgesetzt? Beschwerdeführer hat daher größte Zweifel, dass Güteverfahren, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal am Amtsgericht überhaupt behandelt werden können! Höchster Schutzbedarf für Opferdaten bei politisch motivierten Zerschlagungen!)

unterstützt durch judikativen Boykott von Einzelrichtern als Helfer für

> > > **Weisungsgebundene Staatsanwälte greifen mit Hass und Ausgrenzung zunehmend die Privatsphäre und den Hausfrieden an und schrecken vor Familienzerschlagung nicht zurück.**

Begründung der Verfassungsbeschwerde (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-412. Beendigung des 1.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24) vom 17.09.2024 (10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier [334](#))

> **Neue Verfassungsbeschwerde zum 2.Güteverfahren als vorliegende Klage, das als Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern beantragt aber von gleichem Einzelrichter wie im 1.Güteverfahren gleich bei Eröffnung als Nicht-Eröffnung manipuliert wurde.**

> **Mit 2 Güteverfahren zu hemmungsloser Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal: Verfassungswidriger Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wegen totalem Versagen deutscher Justiz bei Rehabilitation und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierter Zerschlagungen und Psychoterror**

BVERFG-413. > Neue Verfassungsbeschwerde (hier) zum 2.Güteverfahren als vorliegende Klage vom 03.Okt.2024 (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) gegen die Bundesrepublik Deutschland

wegen grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG, das als Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern beantragt, aber von gleichem Einzelrichter wie im 1.Güteverfahren gleich bei Eröffnung als Nicht-Eröffnung manipuliert wurde.

Daher **sofortige Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.Nov.2024**

Verfassungsbeschwerde

gegen Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 mit neuer Klage als 2.Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom **01.Nov.2024** und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom **15.Nov.2024**

am Landgericht Wuppertal **wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde und der Anhörungsrüge, statt dessen**

mit verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinzugsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau vom 29.10.2024 (eingegangen am 18./16.11.2024) **mit Kassenzahlen**

2221814678003 (b. 2221814678003P19) mit Zurückweisung des Schimpfwortes „Schuldner“ und mit Zurückweisung der Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandals auf Pfändungsschutz-Konto,

weil Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren im 84.Lebensjahr, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler (1941), heute genauso mit Hass und Ausgrenzung wie unter Hitler, zum „Schuldner“ deformiert werden im

verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ohne Angabe des Gerichtes mit judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz (offensichtlich Verwaltungsgericht Berlin).

Anzufechtende Hoheitsakte gemäß

Anlage WU-08 und Anlage WU-06a).

BVERFG-414. "Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch."

Deutschland braucht

keinen Bundes-Digitalminister mit mehr und noch mehr

Bürokratie, mit noch mehr zentraler Planwirtschaft, mit

judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von

Rehabilitation und Schadenersatz bis zum letzten Atemzug, in gleicher Weise keinen Bundes-Energieminister, ebenso keinen

Bundes-Klimaschutzminister u.a.m.

Hauptforderung des BDI für wirtschaftliche Trendwende:

Bürokratieabbau

Deutschland braucht mehr Sicherheit für Grundrechte.

Kläger: Verfassungsbeschwerden seit 2010, um zu überleben wegen staatsanwaltlicher Sabotage & judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Besser als ein Bundes-Digitalminister, abhängig von Lobby-Verbänden, ist ein qualifizierter Digitalgipfel zur Beseitigung des Digital-Notstandes und mit KI-Optimierung für Innovationswachstum.

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! Seit 1998, dem Gründungsjahr von Google!

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.

Mit Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum. Angemessener Schadenersatz und Rehabilitierung gilt auch für Güteverfahren.

Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile,

> weil Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes (mit Weltklasse-Höchstleistungen schon in 2000 mit einem voll digitalisierten Unternehmen, ohne Zerschlagung heute garantiert mit KI-gestütztem Unternehmen),

> weil Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,

am Wohnort (Z1), am Geburtsort (Z2), unter Mitwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), mit extremistischer Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5), mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubungen, mit verfassungswidriger Justiz ohne Respektierung von Grundrechten, mit Psycho-Terror u.a.m.

> weil lebenslange Familien-Zerschlagung seit Hitler, seit 1998 im Wiederholungsfalle, trotz Grundgesetz zur Verhinderung von Wiederholung von Zuständen wie unter Hitler,

> weil immer wieder Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beschwerden bis zum

Bundesverfassungsgericht, das selbst zum Gegenstand eines Sicherungsgesetzes geworden ist.

>>> Daher Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren, einem Mehrriechterverfahren mit unabhängigen Richtern

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Zu **BVERFG-412. Beendigung des 1.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24)** vom 17.09.2024 (10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier [334](#))

> **Neue Verfassungsbeschwerde zum 2.Güteverfahren als vorliegende Klage, das als Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern beantragt aber von gleichem Einzelrichter wie im 1.Güteverfahren gleich bei Eröffnung als Nicht-Eröffnung manipuliert wurde.**

> **Mit 2 Güteverfahren zu hemmungsloser Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal: Verfassungswidriger Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wegen totalem Versagen deutscher Justiz bei Rehabilitation und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierter Zerschlagungen und Psychoterror**

Das 1.Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit den Kapiteln BVERFG-410 und BVERFG-411 und vorhergehenden Schriftsätzen:

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert, ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung. Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u. a. m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung: Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm gemäß

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) mit Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit

BVERFG-408. Anzugreifender „Hoheitsakt“

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u. a. m.

inkl. Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024, Anlage VB-2415 a) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil durch „Rechtspfleger“ (Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte, Fachkraft für Rentenplünderung und Datenschutz-Skandal mit öffentlichen Verzeichnissen im SCHUFA-Netz)
Rentenplünderung einer verfassungswidrigen Raubjustiz seit 2021 (Ampel-Regierung) auf Pfändungsschutzkonto ohne „Schutz“ vor staatsanwaltlichen Übergriffen bis zum Limit, daher ständige Zurückweisung des verfassungswidrigen Missbrauchs von Mahnbescheiden am Amtsgericht Mayen, weil judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) auf Rehabilitation und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wegen einem Haushaltsloch von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler mit Unterstützung durch Chef der Staatskanzlei (heute Bundespräsident, 1998/1999-2005) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzlerin in politischer Kumpanei mit bayerischen Staatsminister (2005-2021, heute Ministerpräsident von Bayern) und danach seit 80.Lebensjahr (2021) des Klägers unter Verantwortung der beklagten Ampelregierung mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa !

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (156)

Sieh Anlage LSG-02 (als Anlage AGV-24/09 an Amtsgericht Velbert 10 C 211/23) am 28.05.2024 in **neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024**
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>
„75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden können“, aber aufgezwungen werden:
Faktenlage: In dieser Güteverhandlung am Amtsgericht Velbert (26.Juni 2024, 09.30 -09.46 Uhr) wurde nur die Antwort zu 1 Frage zugelassen: „Haben Sie bezahlt? Ja oder Nein !“ und war nach 16 Minuten zu Ende trotz eines „turmartigen“ Aufbau von historischen Dokumenten zur Beweisführung zu einer echten Güteverhandlung, die nicht zugelassen wurde.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>
Scroll down after link (page 294)

**Erfahrungen des Beschwerdeführers zu „75 Jahren Bundestag“:
In 2010/2011 (im Alter von 70 Jahren) mit Niederschlagung von Petitionen
an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in
München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung**

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin
und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-
Bundeskanzlerin)

sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland
unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter
Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von weisungsgebundenen
Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

Demonstrativer Rücktritt von

Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 unmittelbar nach Bitte
um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Demonstrativer Rücktritt von

WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

nach Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen
Bundestag: „ An

Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR

Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF

Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO

Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

Petition Pet 1-17-09-703-005442 Velbert, 29.01.2011

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne
Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für

**Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich
verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhrend, Gerichte und Verfahren
übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung,
sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge
Richtergeneration.

Der Beschwerdeführer hat gegen die Urteile des Amtsgerichtes Velbert das
Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen und das
Amtsgericht während des Gerichtsverfahrens ausführlich informiert. Sieh Kapitel
BVERFG-403 bis BVERFG-409 .

BVERFG-411. Sieh Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1943/24) vom 17.09.2024:

> > > **75 Jahre Bundesrepublik Deutschland nach Gründung mit Unterzeichnung des Grundgesetzes.**

Weisungsgebundene Staatsanwälte, Helfer und Helfershelfer sabotieren Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverhandlungen zu

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr

> Sabotage von Güteverhandlungen am Amtsgericht Velbert mit Hassgemeinschaft hinter Videowand-Vernetzung durch willfährigen Einzelrichter: Grund zu weiterer Veranlassung durch das Amtsgericht nicht zu entnehmen (Anlage VB-2418)

Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverhandlungen nach Art. 34 GG

Daher Antrag auf Einbehaltung eines angemessenen Betrages im Bundeshaushalt 2025 für Fortsetzung von echten Güteverhandlungen!

> Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage von Güteverhandlungen unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung:

> Verfassungswidrige Planung des Bundeshaushalts von 2025 mit Finanzbeträgen, die für Güteverhandlungen reserviert sind, die nicht abrufbar sind, weil deren Verwendung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern sabotiert und von willfährigen Richtern boykottiert wird.

Seit 2021: Weisungsgebundene Staatsanwälte der Ampelregierung haben die > Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 <

auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe“ in Gang gesetzt und seitdem

> > > 17.681,66 € für verfassungswidrige Sozialversicherungen mit monatlicher Fortsetzung geplündert, ohne auf ständigen Einspruch zu reagieren! (Stand Aug.2024).

Erinnerung an

Anlage VB-2408

Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09

Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024

(eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g

nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f

Begründung unter g

g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom

24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen

Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum

Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige

Zustände aufgezwungen werden:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83. Lebensjahr zu sozialer Aussperrung (Z4)

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter > persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert

gemäß Anlage AGV-24/09

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit

politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) zum **2.Güteverfahren** als vorliegende Klage vom 03.Okt.2024 (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG, das als Mehrriechterverfahren mit unabhängigen Richtern beantragt, aber von gleichem Einzelrichter wie im 1.Güteverfahren gleich bei Eröffnung als Nicht-Eröffnung manipuliert wurde. Daher sofortige Beschwerde §572 ZPO vom **01.Nov.2024** und Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom **15.Nov.2024**

Zu **BVERFG-413**. > Neue Verfassungsbeschwerde (hier) zum **2.Güteverfahren** als vorliegende **Klage vom 03.Okt.2024** (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG, das als Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern beantragt, aber von gleichem Einzelrichter wie im 1.Güteverfahren gleich bei Eröffnung als Nicht-Eröffnung manipuliert wurde.

Daher **sofortige Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024** und **Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.Nov.2024**
Verfassungsbeschwerde

gegen **Amtsgericht Velbert 10 C 234/24** mit neuer **Klage als 2.Güteverfahren** gegen die Bundesrepublik Deutschland vom **03.10.2024**

mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom **01.Nov.2024** und

mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom **15.Nov.2024**

am Landgericht Wuppertal **wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde und der Anhörungsrüge, statt dessen**

mit verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinzugsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau vom **29.10.2024** (eingegangen am **18./16.11.2024**) mit **Kassenzeichen**

2221814678003 (b. 2221814678003P19) mit Zurückweisung des Schimpfwortes „Schuldner“ und mit Zurückweisung der Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandals auf Pfändungsschutz-Konto,

weil Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren im 84.Lebensjahr, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler (1941), heute genauso mit Hass und Ausgrenzung wie unter Hitler, zum „Schuldner“ deformiert werden im

verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ohne Angabe des Gerichtes mit judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz (offensichtlich Verwaltungsgericht Berlin).

Anzufechtende Hoheitsakte gemäß Anlage WU-08 und Anlage WU-06a).

Die Klage vom 03.10.2024 (Anlage VB-2423 mit Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05) mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02,
die sofortige Beschwerde vom 01.11.2024 (Anlage VB-2422 mit Anlagen WU-06 und WU-07) mit den Kapiteln LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06 und

die Anhörungsrüge vom 15.11.2024 (Anlage VB-2421 mit Anlage WU-08) mit den Kapiteln LGW-07 und AGV-08

sind in den folgenden Kapiteln mit übersichtlicher Zusammenfassung beschrieben:

Anlage VB-2423 mit Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05
Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24

mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,

Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz trotz höchstem Schutzbedarf für Opferdaten, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Anlage VB-2422 mit den Anlagen WU-7 und WU-6
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
mit den Kapiteln LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>
Scroll down after link (page 01 / 89)

LGW-03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten und untauglichen
Forderungen in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024
(Anlage WU-06)

Von judikativem Boykott zu judikativer Manipulation in
Gerichte übergreifenden Nonstop-Verfahren politischer
motivierter Zerschlagungen mit anschließender sozialer
Zerschlagung und mit Datenschutz-Skandal und
Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung
und Psycho-Terror u.v.a.m.

Nach Telefonaten vom 28.10.2024 / 29.10.2024 mit zuständigem
Bearbeiter am Amtsgericht Velbert sinngemäß: **Richter hat die**
Seite mit der Unterschrift überschlagen, ordnungsgemäße
Unterschrift ist vorhanden, Antrag auf Akteneinsicht so
abgewehrt.

Zu bekämpfen: Fortsetzung der staatsanwaltlichen Sabotage der
Klage mit Aktivierung sozialgerichtlicher Verfahren mit
verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen, die dem
Kläger mit politisch motivierter Zerschlagung nach dem
70.Lebensjahr aufgezwungen wurden.

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nicht nur am
Wohnort, sondern auch am Geburtsort, mit politischer Kumpanei
sind die Fortsetzung von

lebenslanger Familienzerschlagung über mehr als 80 Jahre seit
Hitler, die das Vorstellungsvermögen eines jungen Einzelrichters
übersteigen, eines Einzelrichters, der die Respektlosigkeit der
beklagten Bundesregierung vor Grundrechten nicht erkennen will,
den Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal im
letzten Verfahren ohne Stellungnahme hingenommen hat und
offensichtlich längst nicht mehr unabhängig von der Beklagten
entscheiden kann.

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch von einem Deutschen
Bundestag, egal mit welcher Mehrheit, nicht verändert werden
können und bei Rechtsanwendungen zu respektieren sind. Es gibt
keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.

Zu erwarten: Erhöhter juristischer Druck durch Beklagte
(Bundesregierung) mit eigenen Rechtsanwälten und
weisungsgebundenen Staatsanwälten, beklagt wegen
staatsanwaltlicher Sabotage der Klageverfahren seit Beginn der
Klageverfahren, mit extremistischer Ausuferung zu mehrfacher
Freiheitsberaubung, zu unbeschreiblichem Psycho-Terror mit
sozialer Zerschlagung, mit einem Datenschutz-Skandal, mit einem
Rentenplünderung-Skandal u.v.a.m.

Daher: Antrag auf Mehrrichter-Verfahren nicht verhandelbar.
Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler

mit extremistischer Fortsetzung von
**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 gemäß AGV-01**
Nicht nur Schadenersatz für materielle Werte, sondern viel mehr
Entschädigung für immaterielle Werte unter Respektierung von
Ewigkeitsrechten.

Zu beantragen: Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Kapitel AGV-04.

**AGV-04. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Ewigkeitsgarantie der unantastbaren Grundrechte
gemäß Art.79 Abs.3 GG:**

Seit 1941, über 80 Jahre lebenslange Familienzerschlagung
unter Hitler trotz Kriegsdienstbefreiung seines Vaters wegen
Versorgung/Ernährung der Heimatbevölkerung (beerdigt in
Kramatorsk, Ost-Ukraine, 1945), danach
Zwangsabgabe des Mühlenbetriebs und Zwangsabgabe von
Wohnraum an Flüchtlinge aus Sudetenland am Geburtsort,
Fortsetzung der lebenslangen Familienzerschlagung mit
über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,
dem Gründungsjahr von Google (heute eines der weltweit
wertvollsten Unternehmen), nach Zerschlagungen am Wohnort
und am Geburtsort unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> am Geburtsort: Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
(Anerbe) **in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012)** und
Nachlass-Insolvenz,
> am Wohnort: Politisch motivierte Zerschlagungen
**wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-
Spitzenwachstum
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner
herstellerneutralen ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in
Europa, u.a. auch mit einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur
Ausbildung von Datenschutz-Beauftragten,
wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für
Deutschland und Europa,
mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer
Europäischen Congressmesse in der geteilten Hautstadt Berlin
(1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und
mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und
mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im
Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte
Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und
detaillierten Programmbroschüren der Europäischen
Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen
in deutscher und englischer Sprache
2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den
Bayerischen Landtag in München (parallel, zeitgleich), Antrag auf
Rückgabe des Digitalgipfels wegen Zwangsenteignung durch
politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort,
Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011,
danach Zwangsversteigerung und Zwangsverkauf des
Geschäftshauses am Wohnort**

Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Enteignung durch politisch motivierte Zerschlagungen

Über 20 Jahre Zeit verloren zur Weiterentwicklung des Digitalgipfels auf den Europäischen Congressmessen

Nach Niederschlagung der Petitionen:

2012 am Geburtsort: Bruder nimmt sich das Leben nach einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin mit anschließender Nachlass-Insolvenz (Einziger Erbe: Kläger)

2013/2014 am Wohnort: Zwangsversteigerung / Zwangsverkauf des Geschäftshauses (repräsentative Gründerzeit-Villa als Firmensitz) zur Tilgung aller Bankschulden

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf>

Nach Entschuldung: Einrichtung eines Pfändungsschutz-Konto. Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, aufgezwungen nach Niederschlagung der Petitionen

Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage mehrfach wiederholter Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung und mit Güteverfahren, weil ohne Unterstützung durch qualifizierte Rechtsanwälte, wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren, bis heute sabotiert von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),

mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5): Menschenrechte mit Füßen getreten mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Psycho-Terror bis zum Datenschutz-Skandal (Datenschutz nur für böse Leute?) und mit Rentenplünderung-Skandal ohne Skrupel auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Die Europäischen Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:

Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa,

Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für

Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden

Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa

Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze anstatt Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:

Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierung-Notstandes.

Einbringung in das Familien-Unternehmen durch Kläger:

Historische Originale des Congressmesse-Archivs in 1-Jahres-Abstand seit den 1970er Jahren: Über 1100 Congressbände (ISBN-nummeriert seit 1984) zu über 260 Congressen (4-tägig)

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 + Messekataloge + Programmbroschüren + Planungsunterlagen u.a.m.

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden und Petitionseingaben (Fortsetzung) notwendig, weil Amtsgericht und Beklagte ein Riesen-Problem haben und nicht erkennen wollen:

Verfassungswidrige Justiz zu politisch motivierten Zerschlagungen durch die Beklagte, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Täterin

Von Zerschlagungsorgien deutscher Parlamente zu Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren über 14 Jahre lang zu manipulierten Gerichtsverfahren am Amtsgericht.

Existenz vernichtende Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München ohne Respektierung unantastbarer Grundrechte ist verfassungswidrig und Ursache für Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren seit 2011.

AGV-06. Einzufordern mit der Klage, weil:

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.

Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, das gilt auch für §253 Abs.2 Nr.2 und §130 Abs.4

Nicht mehr vorstellbar:

Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist

Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist.

Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.

Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.

Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbarem Zusammenhang vorgenommen: Sieh Anlage WU-06 a)

Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar

zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.

Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,

Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen

Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.

Faktenlage:

Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!

Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, rund doppeltes Steueraufkommen von Deutschland.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01 / 89)

Anlage VB-2421 mit Kapitel LGW-07 und Anlage WU-08

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 15:Nov.2024 wegen Nicht-Bescheidung von:

Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024

**zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24**

**zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01 / 89 / 189)

**LGW-07. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO
wegen Nicht-Bescheidung von:**

Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024

(Kapitel LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06)

**zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 (Kapitel AGV-01, AGV-02)**

**zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen**

**Nicht nur über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen,
sondern lebenslange Familienzerschlagung und Skandale**

**Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Güteverfahren-
Skandal, Justiz-Skandale am laufendem Bande:**

Jahre lange Verweigerung von Güteverfahren ist verfassungswidrig: Europäische Menschenrechte werden mit Füßen getreten: Sieh Art.6 EMRK
Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch jahrelange Verweigerung und Manipulation von Güteverfahren
Unerträglich: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert gemäß Anlage WU-08

Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (? , weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier **werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten**. Der **Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner**, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Zu BVERFG-414. "Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch."

Deutschland braucht

keinen Bundes-Digitalminister mit mehr und noch mehr Bürokratie, mit noch mehr zentraler Planwirtschaft, mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz bis zum letzten Atemzug, in gleicher Weise keinen Bundes-Energieminister, ebenso keinen Bundes-Klimaschutzminister u.a.m.

Hauptforderung des BDI für wirtschaftliche Trendwende: Bürokratieabbau

Deutschland braucht mehr Sicherheit für Grundrechte.

Kläger: Verfassungsbeschwerden seit 2010, um zu überleben wegen staatsanwaltlicher Sabotage & judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Besser als ein Bundes-Digitalminister, abhängig von Lobby-Verbänden, ist ein qualifizierter Digitalgipfel zur Beseitigung des Digital-Notstandes und mit KI-Optimierung für Innovationswachstum.

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen! Seit 1998, dem Gründungsjahr von Google!

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.

Mit Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum. Angemessener Schadenersatz und Rehabilitierung gilt auch für Güteverfahren.

Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile,

> weil Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes (mit Weltklasse-Höchstleistungen schon in 2000 mit einem voll digitalisierten Unternehmen, ohne Zerschlagung heute garantiert mit KI-gestütztem Unternehmen),

> weil Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,

am Wohnort (Z1), am Geburtsort (Z2), unter Mitwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), mit extremistischer Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5), mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubungen, mit verfassungswidriger Justiz ohne Respektierung von Grundrechten, mit Psycho-Terror u.a.m.

> weil lebenslange Familien-Zerschlagung seit Hitler, seit 1998 im Wiederholungsfalle, trotz Grundgesetz zur Verhinderung von Wiederholung von Zuständen wie unter Hitler,

> weil immer wieder Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beschwerden bis zum Bundesverfassungsgericht, das selbst zum Gegenstand eines Sicherungsgesetzes geworden ist.

>>> Daher Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren, einem Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern

Es geht um Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, wegen Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes (mit Weltklasse-Höchstleistungen schon in 2000 mit einem voll digitalisierten Unternehmen, ohne Zerschlagung heute garantiert mit KI-gestütztem Unternehmen),

wegen Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, am Wohnort (Z1), am Geburtsort (Z2), unter Mitwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), mit extremistischer Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen (Z4), **mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5)**, mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfachen Freiheitsberaubungen, mit verfassungswidriger Justiz ohne Respektierung von Grundrechten, mit Psycho-Terror u.a.m. Kläger hat sich intensiv gewehrt nach erzwungener Einstellung seiner Europäischen Congressmessen seit 2003, ohne jede Chance. Er war gezwungen, seine Familie zu schützen, seine Frau und seine Kinder und darüber hinaus:

Lebenslange Familien-Zerschlagung seit Hitler, seit 1998 im Wiederholungsfalle, trotz Grundgesetz zur Verhinderung von Wiederholung von Zuständen wie unter Hitler. Immer wieder Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beschwerden bis zum Bundesverfassungsgericht, das selbst zum Gegenstand eines Sicherungsgesetzes geworden ist.

Seine Kinder, nach erfolgreichem Abschluss der Universitätsausbildung zum Zeitpunkt der staatlichen UMTS-Auktion 2000 bereit, in das Familien-Unternehmen einzutreten, mussten gezwungenermaßen, entgegen aller Planungen, getrennte Wege gehen.

Kläger hat definitiv grundgesetzlichen Anspruch gemäß Art.34 GG auf ein Mehrrichter-Sonderverfahren, das angemessen und unabhängig ist und dieser Jahrhundert-Zerschlagung einigermaßen gerecht werden kann, mit Vorrang vor sozialgerichtlichen Verfahren, die der Kläger bis zu seinem 70.Lebensjahr nicht benötigt hat und immer nur verurteilt wird.

Der Kläger wehrt sich mit Recht, vom Landessozialgericht verurteilt und bedrängt zu werden. Es ist ungeheuerlich, als Täter, Schuldner diffamiert zu werden. Er ist Opfer und hat grundgesetzlichen Anspruch auf Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagung mit Hass und Mobbing im SCHUFA-Netz für heuchlerischen Verbraucherschutz, aber ohne grundgesetzlichen Datenschutz für das Opfer, unter direkter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers und seines Prozessbevollmächtigten. Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum. Jede Verurteilung ohne Respektierung von Grundrechten ist verfassungswidrig.

Sieh **Anlage VB-2424**

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und können auch nicht dem Berichterstatter übertragen werden, auch wenn er mit ehrenamtlichen Richtern entscheidet. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Siehe weitere Anlagen zur Verfassungsbeschwerde vom 17.09.2024:

Anlage VB-2415

Hassgemeinschaft hinter verfassungswidriger Videowandvernetzung, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit Verweigerung einer beantragten Information über angeschlossene Teilnehmer, mit Datenschutz-Skandal an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) und im SCHUFA-Netz,

überschüttet Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 nach Zusendung mit Schriftsatz vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414 eingeworfen am Amtsgericht am 30.08.2024) mit lawinenartig verfassungswidrigem Shitstorm der sozialen Zerschlagung mit Verfahrensfortpflanzung verfassungswidriger Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf:

Anlage **VB-2415 a**:

Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil gemäß Anlage VB-2407 (Original ohne Datum, Datum nachgetragen mit 19.03.2024/17.07.2024 durch Rechtspfleger Ermanns),

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen

a) das Urteil des Amtsgerichts Velbert vom 26.Juni 2024 - 10 C 211/23 -,

b) das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Velbert vom 19.März 2024 – 10 C 211/23

Anlage **VB-2415 b1** und Anlage **VB-2415 b2**

Abgabenachricht vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu **verfassungswidrigem Missbrauch von Mahnverfahren für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** am Amtsgericht Mayen (Anlage VB-2415 b1) und am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2415 b2) trotz parallelem Berufungsverfahren am Landessozialgericht in NRW

Anlage **VB-2415 c/d**

Drohbriefe der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, verantwortlich für hemmungslose Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen (seit 1998) mit sozialer Zerschlagung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Datenschutz-Skandal am Amtsgericht Velbert, im SCHUFA-Netz, in Videowand-Vernetzung der Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.

Sieh auch **Anlage VB-2412 a**.

Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)

Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers: Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage VB-2417

Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses gemäß Anlage VB-2415 a) mit Schreiben vom 14.09.2024

Anlage VB-2418

Judikativer Boykott von Güteverhandlungen: Willfähriger Einzelrichter als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte bei Sabotage von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Antwortschreiben nach Zusendung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24

Anlage VB-2419

Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 und
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
vom 19.07.2024

Untauglicher Versuch des Amtsgerichtes Mettmann mit Schreiben vom
12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024),

nach Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 wegen Nicht-Bescheidung einer
Anhörungsrüge an das Oberlandesgericht Düsseldorf vom 15.08.2024
(Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) mit einer unbekanntenen
Verfügung in einem „Bußgeldverfahren“ der sozialen Zerschlagung abhelfen zu
wollen.

Anlage VB-2420

Kontra heuchlerische Barmherzigkeit am Landessozialgericht, weil

> weil Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis 2003,
> weil Premium-Beiträge zu Sozialversicherungen bis zum 70.Lebensjahr (2010)
> weil seitdem, nach Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen
Bundestag und an Bayerischen Landtag sein Bruder in den Tod gehetzt (2012)
wurde und der Beklagte Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte übergreifend) ohne
Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern oder in Urlaub hinnehmen muss,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne
Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit monatlichen
Rentenplünderungen bis zum Limit gegen Rentner im 83.Lebensjahr,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen als
Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren in
einem Rechtsstaat mit Grundgesetz seit über 75 Jahren verfassungswidrig ist
> weil es im Rechtsstaat einschl. Sozialstaat keinen grundrechtsfreien Raum gibt
und Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten keine
Rechtskraft haben,

> weil **Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW
(L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des**

**Klägers: „Im übrigen gedenke ich nicht auf den
Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)**

**Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu
vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht
blind! Blind für Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung.****

> weil nicht nur Mobbing,
**sondern auch SCHUFA-Eintragungen durch
Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Hass im SCHUFA-Netz
wegen „Verbraucherschutz“, aber ohne Opferschutz in einem
Datenschutz-Skandal und verantwortlich für
Videowandvernetzung einer Hassgemeinschaft am Amtsgericht
Velbert.**

Niemals zu vergessen:

**75 Jahre Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Grundgesetzes,
mit Grundrechten zum Schutz vor**

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschl. sozialer Zerschlagung

> Hetzjagd bayerischer Staatsanwälte mit bayerischen Behörden und sudetendeutschen Lokalpolitikern unter Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern in politischer Kumpanei mit der Altbundeskanzlerin bis in den Tod seines Bruders (2012) und in seinen wirtschaftlichen Ruin (Gesamterbe: Beschwerdeführer)

> Zweimal Freiheitsberaubung gegen den Beschwerdeführer mit anschließender Rentenplünderung bis dato zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu sozialer Zerschlagung einschl. Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz und extremistischer Steigerung (2024) durch eine Hassgemeinschaft hinter einer Videowand-Vernetzung im Gerichtssaal mit anschließendem Shitstorm dieser Hassgemeinschaft

> Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen inkl. professionellem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa (weltweit ohne Vergleich)

> mit Zerschlagung seit 1998, dem Gründungsjahr von Google, von einem Altbundeskanzler, der vom Beschwerdeführer zu einer Plenaransprache eingeladen wurde (1991), weil er im Wahlkampf an der Basis den Computer als Jobkiller verteufelt hat,

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down after link to ONLINE 1988-1991

und von einer

Altbundeskanzlerin (ehemals DDR-Agitorin), die westdeutsche Spitzen-Politiker zur Seite geräumt hat, für die es die leichteste Übung war, eine Zerschlagung durch den Altbundeskanzler zu einer Doppelzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort zu toppen und parallele Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag nieder zu schlagen,

> mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, die sich nicht scheuen, ohne Respektierung von Menschenrechten politisch motivierte Zerschlagung seit über 25 Jahren mit sozialer Zerschlagung fortzusetzen, nach kapitalen Vermögensschäden, jetzt mit Rentenplünderung einer Raubjustiz auf Pfändungsschutzkonto, bis dato

> mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen, jetzt zum 3.Mal durch Hassgemeinschaft mit Videowandvernetzung am Amtsgericht Velbert und zum 4.Mal mit Manipulation der Eröffnung eines weiteren Güteverfahrens und mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss (Anlage WU-08)

> mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen, in 2021 (Regierungsende der Altbundeskanzlerin) zum 2.Mal durch Verweigerung am Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit der Besonderheit, dass die Frau des Bundespräsidenten Richterin am Verwaltungsgericht Berlin und der Bundespräsident als Kanzleramtschef des Altbundeskanzlers (1999-2005 mit UMTS-Auktion2000) und anschließend Bundesminister und Stellvertreter der Bundeskanzlerin im Kabinett von Merkel I mit Kanzleramtschef / Bundesminister für besondere Aufgaben Thomas de Maiziere.

Beweise in Hülle und Fülle, von Richtern mit Blindheit und Taubheit boykottiert, trotz „turmartigen“ Aufbau am Amtsgericht Velbert. Daher an das Landessozialgericht in Essen angeliefert. Es geht nicht an, dass Finanzmittel im Bundeshaushalt für Lösungen aus Güteverhandlungen zweckentfremdend missbraucht werden, weil weisungsgebundene

Staatsanwälte Güteverhandlungen und Abruf dieser Finanzmittel sabotieren und der Bundeskanzler die sabotierten Finanzmittel im nächsten Bundeshaushalt einplant und zusätzlich Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto bis zum Limit ausführen lässt für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit über 14 Jahren (2010) für Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa.

„Wir sind nicht nur der kranke Mann Europas, sondern laut internationalem Währungsfonds der kranke Mann der Welt“.

Auch Europäische Congressmessen für Mikroelektronik (Halbleitertechnik) des Beschwerdeführers mit Eigenfinanzierung unter Leitung führender Wissenschaftler zerschlagen, in den 1980er Jahren. Der Beschwerdeführer hat als Student noch Messungen am Transistor durchgeführt, in den 1960er Jahren.
Finanzmittel nach Verschiebung des Intel-Projektes in Sachsen-Anhalt: 10 Mrd € im Bundeshaushalt verfügbar. Darf nicht wahr sein: 10 Mrd € (10.000 Mio €) in nicht mehr wettbewerbsfähige Chip-Technologie von Intel in Brandenburg versenken! Der Intel-Wettbewerb wird nicht warten.
Kein Weiter so! Kampf gegen Hass und Blindheit ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20. Abs.4 GG
für Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG.
>>> Daher Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren, einem Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern.

Velbert, 01.12.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde:

Anlage VB-2421 mit Kapitel LGW-07 und Anlage WU-08
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 15.Nov.2024 wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024 zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>
Scroll down after link (page 01 / 89 / 189)

LGW-07. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024 (Kapitel LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06) zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 (Kapitel AGV-01, AGV-02) zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Nicht nur über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen, sondern lebenslange Familienzerschlagung und Skandale Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Güteverfahren-Skandal, Justiz-Skandale am laufendem Bande
Jahre lange Verweigerung von Güteverfahren ist verfassungswidrig: Europäische Menschenrechte werden mit Füßen getreten: Sieh Art.6 EMRK
Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch jahrelange Verweigerung und Manipulation von Güteverfahren
Unerträglich: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert gemäß Anlage WU-08

Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (? , weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier

werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der **Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner**, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlage VB-2422 mit den Anlagen WU-7 und WU-6
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
mit den Kapiteln LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>
Scroll down after link (page 01 / 89)

LGW-03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten und untauglichen
Forderungen in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024
(Anlage WU-06)

Von judikativem Boykott zu judikativer Manipulation in
Gerichte übergreifenden Nonstop-Verfahren politischer
motivierter Zerschlagungen mit anschließender sozialer
Zerschlagung und mit Datenschutz-Skandal und
Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung
und Psycho-Terror u.v.a.m.

Nach Telefonaten vom 28.10.2024 / 29.10.2024 mit zuständigem
Bearbeiter am Amtsgericht Velbert sinngemäß: Richter hat die
Seite mit der Unterschrift überschlagen, ordnungsgemäße
Unterschrift ist vorhanden, Antrag auf Akteneinsicht so
abgewehrt.

Zu bekämpfen: Fortsetzung der staatsanwaltlichen Sabotage der
Klage mit Aktivierung sozialgerichtlicher Verfahren mit
verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen, die dem Kläger
mit politisch motivierter Zerschlagung nach dem 70.Lebensjahr
aufgezwungen wurden.

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nicht nur am
Wohnort, sondern auch am Geburtsort, mit politischer Kumpanei
sind die Fortsetzung von
lebenslanger Familienzerschlagung über mehr als 80 Jahre seit
Hitler, die das Vorstellungsvermögen eines jungen Einzelrichters
übersteigen, eines Einzelrichters, der die Respektlosigkeit der
beklagten Bundesregierung vor Grundrechten nicht erkennen will,
den Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal im
letzten Verfahren ohne Stellungnahme hingenommen hat und
offensichtlich längst nicht mehr unabhängig von der Beklagten
entscheiden kann.

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch von einem Deutschen
Bundestag, egal mit welcher Mehrheit, nicht verändert werden
können und bei Rechtsanwendungen zu respektieren sind. Es gibt
keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.

Zu erwarten: Erhöhter juristischer Druck durch Beklagte mit
eigenen Rechtsanwälten und weisungsgebundenen
Staatsanwälten, beklagt wegen staatsanwaltlicher Sabotage der
Klageverfahren seit Beginn der Klageverfahren, mit
extremistischer Ausuferung zu mehrfacher Freiheitsberaubung, zu

unbeschreiblichem Psycho-Terror mit sozialer Zerschlagung, mit einem Datenschutz-Skandal, mit einem Rentenplünderung-Skandal u.v.a.m.

Daher: Antrag auf Mehrrichter-Verfahren nicht verhandelbar.

Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler

mit extremistischer Fortsetzung von

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google,

mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 gemäß AGV-01

Nicht nur Schadenersatz für materielle Werte, sondern viel mehr Entschädigung für immaterielle Werte unter Respektierung von Ewigkeitsrechten.

Zu beantragen: Fortsetzung der Klage am Amtsgericht mit Kapitel AGV-04.

AGV-04. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Ewigkeitsgarantie der unantastbaren Grundrechte

gemäß Art.79 Abs.3 GG:

Seit 1941, **über 80 Jahre lebenslange Familienzerschlagung** unter Hitler trotz Kriegsdienstbefreiung seines Vaters wegen Versorgung/Ernährung der Heimatbevölkerung (beerdigt in Kramatorsk, Ost-Ukraine, 1945), danach

Zwangsabgabe des Mühlenbetriebs und Zwangsabgabe von

Wohnraum an Flüchtlinge aus Sudetenland am Geburtsort,

Fortsetzung der lebenslangen Familienzerschlagung mit

über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,

dem Gründungsjahr von Google (heute eines der weltweit wertvollsten Unternehmen), nach Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

> am Geburtsort: Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder (Anerbe) in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz,

> am Wohnort: Politisch motivierte Zerschlagungen

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner herstellerneutralen

ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in Europa, u.a. auch mit einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur Ausbildung von

Datenschutz-Beauftragten,

wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für Deutschland und Europa,

mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer Europäischen Congressmesse in der geteilten Hauptstadt Berlin (1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und

mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und

mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte

Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und

detaillierten Programmbroschüren der Europäischen

Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen in deutscher und englischer Sprache

2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (parallel, zeitgleich), Antrag auf

Rückgabe des Digitalgipfels wegen Zwangsenteignung durch politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort, Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011, danach Zwangsversteigerung und Zwangsverkauf des Geschäftshauses am Wohnort

Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Enteignung durch politisch motivierte Zerschlagungen

Über 20 Jahre Zeit verloren zur Weiterentwicklung des Digitalgipfels auf den Europäischen Congressmessen

Nach Niederschlagung der Petitionen:

2012 am Geburtsort: Bruder nimmt sich das Leben nach einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin mit anschließender Nachlass-Insolvenz (Einziger Erbe: Kläger)

2013/2014 am Wohnort: Zwangsversteigerung / Zwangsverkauf des Geschäftshauses (repräsentative Gründerzeit-Villa als Firmensitz) zur Tilgung aller Bankschulden

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf>

Nach Entschuldung: Einrichtung eines Pfändungsschutz-Konto. Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, aufgezwungen nach Niederschlagung der Petitionen

Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage mehrfach wiederholter Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung und mit Güteverfahren, weil ohne Unterstützung durch qualifizierte Rechtsanwälte, wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,

bis heute sabotiert von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),

mit verfassungswidrigem Übermaß: Menschenrechte mit Füßen getreten mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Psycho-Terror bis zum Datenschutz-Skandal (Datenschutz nur für böse Leute?) und mit Rentenplünderung-Skandal ohne Skrupel auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Die Europäischen Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:

Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa, Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für

Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa

Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze anstatt Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:

Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierung-Notstandes.

Einbringung in das Familien-Unternehmen durch Kläger:

Historische Originale des Congressmesse-Archivs in 1-Jahres-Abstand seit den 1970er Jahren: Über 1100 Congressbände (ISBN-nummeriert seit 1984) zu über 260 Congressen (4-tägig)

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,

zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 + Messekataloge +

Programmbroschüren + Planungsunterlagen u.a.m.

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden und Petitionseingaben (Fortsetzung) notwendig, weil Amtsgericht und Beklagte ein Riesen-Problem haben und nicht erkennen wollen:

Verfassungswidrige Justiz zu politisch motivierten

Zerschlagungen durch die Beklagte, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Täterin

Von Zerschlagungsorgien deutscher Parlamente zu Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren über 14 Jahre lang zu manipulierten Gerichtsverfahren am Amtsgericht.

Existenz vernichtende Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München ohne Respektierung unantastbarer Grundrechte ist verfassungswidrig und Ursache für Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren seit 2011.

AGV-06. Einzufordern mit der Klage, weil:

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.

Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, das gilt auch für §253 Abs.2 Nr.2 und §130 Abs.4

Nicht mehr vorstellbar:

Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist

Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist.

Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.

Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.

Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbaren Zusammenhang

vorgenommen: Sieh Anlage WU-06 a)

Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.

Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,

Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen

Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.

Faktenlage:

Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!

Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, rund doppeltes Steueraufkommen von Deutschland.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01 / 89)

Anlage VB-2423 mit Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05

Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24

mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)

**Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl.

Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,

Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen: Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

**mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung

weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat. Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice 6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:

Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv

2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:

ONLINE'84, 7.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation,

mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus

32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):

[Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management](#) (Band zu Kongress I)

[Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard](#) (Band zu Kongress II)

[Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze](#) (Band zu Kongress III)

[Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation](#) (Band zu Kongress IV)

[CAD/CAM und Computer-Graphik](#) (Band zu Kongress V)

[Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste](#) (Band zu Kongress VI)

ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:

Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,

> > > **Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare**, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin

> > > **Fernsehen Live von der ONLINE'84**

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001

Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen

Rentner im 83.Lebensjahr,

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.

Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024) mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden. Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024 (1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert, ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung: Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten

Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa

in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI

(Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24

vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger

Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von

Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von

Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden

Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-

Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte

unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414)

gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C**

211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am

31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch

verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23

zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024)

mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten

Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit

BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum,

eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit

Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:

Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:

> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren

> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)

> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen

> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf

> Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83. Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art

> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz**

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung**

> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung

> **Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren**

in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal**

mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im**

Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“

> > > **Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung**, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten

> > > **zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen**

durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier

nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.

> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023 mit Anlage VB-2352

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

offensichtlich im Zusammenhang mit der

persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**

Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Obergerwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit

unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn,
Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und
Generationendiskriminierung

mit kapitalen Schäden

mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau,
Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit
ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung
angewiesener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr,

mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.

Kapitel 164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg,
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen
Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde,
ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für
digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr
als 25 Jahre, danach:

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und
am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker

> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-
Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den
Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen
Bundesländern

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und
Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein
Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des
Zerschlagungsofers definitiv zu verhindern gewesen und
Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.

Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit

Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164,
sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024

zu **Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .

zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010

**Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel
in 2011-2012**

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,

und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel und
Verfassungsbeschwerde

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:

Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.

„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“

Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

nicht trotz, sondern wegen eines

herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren

wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte

Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der

Digitalbranche),

mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des

Anspruchs auf ein humanes Lebensende

In dieser Zeit **2002-2010:**

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

[Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung](#)

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

2003: Ende mit 26. Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63.

Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.

März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9)

2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286 ff)

2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 12)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen

> > > <https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

mit Fortsetzung von

25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte

gegen Zerschlagungsoffer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,

mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor

Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)

Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für

Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil

brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhndend:

Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und

Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.

Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07

Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsoffers definitiv zu verhindern gewesen und

Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die

Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die**

Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem

Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04

Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal

Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf

Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:

Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Aus einem verfassungswidrigen künstlichem

Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.

Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05

Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.

Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > <http://www.euro-online.de/vean.htm#x1>
>>> [1977-1983: So entstand die ONLINE](#)
>>> [1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf](#)
>>> [1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe](#)
>>> [1986-1989: ONLINE '8X in Hamburg](#)
>>> [1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg](#)
>>> [1994-1995: ONLINE '9X in Hamburg](#)
>>> [1996-1997: ONLINE '9X in Hamburg](#)
>>> [1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf](#)
>>> [2001-2002: Impressionen & Highlights](#)
>>> [2003 Die gesamte Congressmesse](#)

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

<https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-2424

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und können auch nicht dem Berichterstatter übertragen werden, auch wenn er mit ehrenamtlichen Richtern entscheidet. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Sieh zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage VB-2415

Hassgemeinschaft hinter verfassungswidriger Videowandvernetzung, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit Verweigerung einer beantragten Information über angeschlossene Teilnehmer, mit Datenschutz-Skandal an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) und im SCHUFA-Netz, überschüttet Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 nach Zusendung mit Schriftsatz vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414 eingeworfen am Amtsgericht am 30.08.2024) mit lawinenartig verfassungswidrigem Shitstorm der sozialen Zerschlagung mit Verfahrensfortpflanzung verfassungswidriger Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf:

Anlage VB-2415 a:

Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil gemäß Anlage VB-2407 (Original ohne Datum, Datum nachgetragen mit 19.03.2024/17.07.2024 durch Rechtspfleger Ermanns), nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen

- a) das Urteil des Amtsgerichts Velbert vom 26.Juni 2024 - 10 C 211/23 - ,
- b) das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Velbert vom 19.März 2024 – 10 C 211/23

Anlage VB-2415 b1 und Anlage VB-2415 b2

Abgabennachricht vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024 zu **verfassungswidrigem Missbrauch von Mahnverfahren für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** am Amtsgericht Mayen (Anlage VB-2415 b1) und am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2415 b2) trotz parallelem Berufungsverfahren am Landessozialgericht in NRW

Anlage VB-2415 c/d

Drohbriefe der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, verantwortlich für hemmungslose Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen (seit 1998) mit sozialer Zerschlagung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Datenschutz-Skandal am Amtsgericht Velbert, im SCHUFA-Netz, für Videowand-Vernetzung der Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.

Sieh auch **Anlage VB-2412 a**.

Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)

Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers: Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage VB-2417

Zurückweisung des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses gemäß Anlage VB-2415 a) mit
Schreiben vom 14.09.2024

Anlage VB-2418

Judikativer Boykott von Güteverhandlungen: Willfähriger Einzelrichter
als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte bei Sabotage von
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen unter
Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Antwortschreiben
nach Zusendung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24

Anlage VB-2419

Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 und
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
vom 19.07.2024

Untauglicher Versuch des Amtsgerichtes Mettmann mit Schreiben vom
12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024),

nach Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 wegen Nicht-
Bescheidung einer Anhörungsrüge an das Oberlandesgericht
Düsseldorf vom 15.08.2024 (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht
Mettmann) mit einer unbekanntenen Verfügung in einem
„Bußgeldverfahren“ der sozialen Zerschlagung abhelfen zu wollen.

Anlage VB-2420

Kontra heuchlerische Barmherzigkeit am Landessozialgericht, weil

> weil Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis
2003,

> weil Premium-Beiträge zu Sozialversicherungen bis zum
70.Lebensjahr (2010)

> weil seitdem, nach Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag sein Bruder in den
Tod gehetzt (2012) wurde und der Beklagte Nonstop-Gerichtsverfahren
(Gerichte übergreifend) ohne Unterbrechung an Weihnachten, an
Ostern oder in Urlaub hinnehmen muss,

> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf
Pfändungsschutz-Konto mit monatlichen Rentenplünderungen bis zum
Limit gegen Rentner im 83.Lebensjahr,

> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen als Fortsetzung von politisch motivierten
Zerschlagungen seit über 25 Jahren und in einem Rechtsstaat mit
Grundgesetz seit über 75 Jahren verfassungswidrig ist

> weil es im Rechtsstaat einschl. Sozialstaat keinen grundrechtsfreien
Raum gibt und Rechtsanwendungen ohne Respektierung von
Grundrechten keine Rechtskraft haben

> weil **Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW
(L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des**

**Klägers: „Im übrigen gedenke ich nicht auf den
Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)**

Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu
vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht
blind! Blind für Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung.**

> weil nicht nur Mobbing,
sondern auch SCHUFA-Eintragungen durch
Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Hass im SCHUFA-Netz
wegen „Verbraucherschutz“, aber ohne Opferschutz in einem
Datenschutz-Skandal und verantwortlich für
Videowandvernetzung einer Hassgemeinschaft am Amtsgericht
Velbert.

Niemals zu vergessen:

**75 Jahre Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Grundgesetzes,
mit Grundrechten zum Schutz vor
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschl.
sozialer Zerschlagung**

Anlage im Schriftsatz vom 26.08.2024

Anlage VB-2414

Schriftsatz vom 24.08.2024 an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit
**Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil zum
Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit
Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten /
Rechnungen gemäß Anlage AGV-24/11 (a,b, . . .).

Anlage VB-2407

Urteil des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C 211/23) ohne Datum zur mündlichen Verhandlung vom 26.06.2024 (eingegangen am 31.07.2024)

Anlage VB-2407a)

Ohne Überschrift: Protokollartige Dokumentation (eingegangen am 04.07.2024) mit Geschäfts-Nr. 10 C 211/23

Öffentliche (?) Sitzung mit Videowand des Klägers mit

verfassungswidriger Rechtsanwendung von §128a ZPO

(Videoverhandlung mit Email-/Telefon-Wählanschluß) ohne Angabe zu Antrag über Auflistung der vorgenommenen Anschlüsse trotz

Anmahnung des Beklagten.

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht

Anlage VB-2403 a)

Sieh Anlage zur Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (Seite 17) Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Güetermin, Einspruch mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 226)

Anlage VB-2408

Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09

Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024

(eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g

nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f

Begründung unter g

g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom

24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen

Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum

Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige

Zustände aufgezwungen werden:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

**mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter > persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
gemäß Anlage AGV-24/09
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971
zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen
Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem
Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT
und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa
und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum
ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne
grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-
Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt
wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses
Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch
motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus
ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen
staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer
Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung
weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch
eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme
verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher
Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am
Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen
musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an
alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am
Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste
wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-
Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres
Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung
der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und
Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk
nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und**

**EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung**

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024

(eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024

ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht

ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte mit Begründung unter f

nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage AGV-24/09

Anlage VB-2409

Verfügung des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C 211/23) vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Anlage VB-2410

Schriftsatz vom 06.05.2024 an da Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Begründung f)

f) Termingerechte Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 mit Verfassungsbeschwerden vom 29.04.2024 und 10.04.2024.

Nicht mehr tolerierbar: Hass, Diskriminierung, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit ständiger Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe mit Eskalation zu einem Hass-Tribunal mit Doppel-Versäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

nach „de facto“-Teilversäumnis-Urteilen/-Beschlüssen am laufendem Bande seit 2011 mit

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern,

> inkl. soziale Zerschlagung unter sozialer Ausgrenzung mit SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal

> unter Mittäterschaft des des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin und Stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF (2007)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

und demonstrativem Rücktritt von **WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012**

> mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativem Rücktritt von **Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010**
> mit Wissen aller Ministerpräsidenten von Deutschland (2005)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
Scroll down after link (page 08/12),
> mit Wissen aller zuständigen EU-Kommissare in Brüssel (2007)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
Scroll down after link (page 10)
mit Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG und Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG iVm Art.34 GG

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024 ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte mit Begründung unter f nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage VB-2411

Anzufeuchtender Beschluss vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit verfassungswidriger Installation einer Videoverhandlung über Email-Adresse und Telefon-Nr. entgegen Anfechtung durch den Beklagten, weil verfassungswidrige Rechtsanwendung von §128 a Abs.1 ZPO in Kanzlei des Klägers. ermöglicht und eine im Verhandlungstermin beantragte Auflistung der Anschlüsse verweigert wurde (Anlage VB-2407a).

Anlage LSG-30 (zur Zeit als Leihgabe an Landessozialgericht NRW)
Zu Congressbänden und Aktenordnern für Verhandlungsnachweise im Datenschutz-Skandal (Turmartiger Aufbau gem. prtokollartiger Bezeichnung, Anlage VB-2407a)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)
> mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage LSG-28

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Einzelzeile-Stellungnahme ohne Begründung!

Anlage VB-2413

> **Über 75 Jahre Grundgesetz & über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal:
Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto einer XXL-Generationendiskriminierung mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass hinter Videowand-Vernetzung“ in Gerichte übergreifenden Verfahren**

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024

Anlage VB-2403 a)

Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 [hier](#) mit Einspruch des Beklagten gegen Güetermin, Einspruch mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),

mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares

„Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil

ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,

gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher

brutal verfassungswidrig im Zuge von

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß

sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.

Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)

Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)

Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)

Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom

18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)

Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405

Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitation und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406

Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10

Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.**

Anlage VB-2401

Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsoffer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:

Das Zerschlagungsoffer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.

„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsoffer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.

Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,

jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz

mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

Anlage 01

Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)

Anlage 02

Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03

Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398**, BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203/221)

Anlage 04

Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu

Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung**

Anlage SGC:

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024

"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen:

Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt

mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023

mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines

Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten mit direkter Verantwortung für

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.

von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung

Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz

mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich

mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur

Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen

durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte

durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste

wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 a)

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Anlage LG-24/03 b)

Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an

Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte**

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an**

den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4**: Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF**:

Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:

Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.

von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf

Pfändungsschutzkonto parallel

zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und

zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von

SCHUFA-Eintragungen gemäß

Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM

ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang>

Scroll down after link to ONLINE 1999

Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.

Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.

Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen

Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten

persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978)

und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem

Symposiumsordner:

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob

Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)

auf der 17. Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema

Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)

Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:

Kolloquium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze

Kolloquium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten

Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel

45. (41. Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage

mit Schreiben vom 16. Feb. 2024 neu formuliert:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131)

Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage LG-24/04:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06

Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401

Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23)

mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh

Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der

Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen

Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Fortsetzung der Wiederholung mit

Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen

Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem

Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden

Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011

Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene

Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes

Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

Anlage VB-2315:

Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**

Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht **gemäß Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen

Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit **Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme

Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen

wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)

Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechthängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung.“

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr**
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:

Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

**UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-
Vernichtung, Wutbürger**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Schreiben vom 03.01.2011

**an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht**
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufeuchtender Hoheitsakt

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22
Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag,
30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:

Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis
auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023
(AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer
Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufeuchtenden
Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom
19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023. Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:

Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023

Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Anlage VB-2301: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.

- a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
- b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
- c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
- d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
- e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

Anlage VB-2302: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)

zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023 gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

Anlage VB-2303:

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.

Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

Anlage VB-2304:

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um [25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit [Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.](#)

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > >

> > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:

Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.

Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert 11 C 406/22

(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 107)

mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327

Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung

entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:

1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023

wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023

wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen

nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

werden Rehabilitation und Schadenersatz .

vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02

Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidriger Pflegeversicherung

mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto

zu verfassungswidriger Krankenversicherung

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit

1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und

legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005),

unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am
Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch
motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz
(2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem
Schadenersatz/Rehabilitierung-Boycott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des
beklagten Täters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch
Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte,
Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten
und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan.
2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch
von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit
Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen
Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhrend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher
Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige
Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf
Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-
Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen
Staatsanwälten . .
**BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und
Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von
Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten**
Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und
Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter
Weisungsbefugnis des beklagten Täters, des Bundeskanzleramts,
unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und
Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82. Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten,
grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu
staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen
Kontoplünderungen nach 25 Jahren politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung
verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne
Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,

wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird, wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts

> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach

25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a

Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 €

(Okt.2023: 12.710,37 €)

Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,

nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.

Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.

Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen

wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz, jetzt auch mit

Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> **Anlage VB-2305 c)** Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023) **mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)**

> **Anlage VB-2305 d)**

Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> **Anlage VB-2305 e),f)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns

Sieh auch Anlage VB-2327a

> **Anlage VB-2305 g)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal

(zu **BVERFG-393**. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70. Lebensjahr (2011), seit 13 Jahren, jetzt im 82. Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)

Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt. Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.

Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen

Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)

mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten

Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit

verfassungswidrigen Sozialversicherungen

Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von

sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von

politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit

ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz**

(unmissverständlich „keine Sachstands-anfrage der Beklagten“)

über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von

angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen
am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:

**Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23)
vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:**

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück
bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im
82.Lebensjahr veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“
des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge,
gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023),
Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch
Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung,
warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

**Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin
Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren
zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende
Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:**

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit
staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner
im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem
Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und
mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur
Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror,
angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation
immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von
skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und
mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert
und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht
Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-
Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen
verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter
Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2.
Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO**

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)
der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung
einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird
und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer
auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger
in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht
respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch
keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso
weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne
Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden
kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an
den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-
Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom
24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob
vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der
Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M
1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022
gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011
verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben. Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter **nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren **nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und

zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute

keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwangshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche

Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an

wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen,

seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen

aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne

Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder

wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> **Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten.** Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .**

> **ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,**

> **soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

> **Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> **indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,**

> **indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> **indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)**

> **indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde**

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom
Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen
einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022
(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE
und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche)**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator,
geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der
Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy
2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer,
Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen,
eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim
Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /
Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und
Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr
leisten können. Seit 2010.**

**Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden
Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,**

**nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische
Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu
politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen
Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B

Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten)

mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Leistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer- Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern **wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilbilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters, mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt**, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitation und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitation und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19

Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender

Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer

Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus

Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt

anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht

Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane

Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des

Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den [Schlesinger-Skandal](#) zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht

Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008**

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und
Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel:
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit
Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen
ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks
unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch
gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der
Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des
Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-
Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung
der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der
Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung
des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
(siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw.
Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende
Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im
ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendantz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß
Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und
des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

[bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen](#) mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunk Sperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können

wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:

Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von [Schröder / Steinmeier](#)

Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung von [Merkel / Söder / Michel](#).

Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf

Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
**Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.
Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>